



„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ Karl Marx

Betriebsflugblatt
der
Sozialistischen
Arbeiterstimme
DB Regio und S-Bahn

5. Juni 2013

Ein türkischer Frühling!

Zwei Jahre nach dem arabischen Frühling und nach den sozialen Protesten der letzten Jahre in Griechenland und Spanien ist es nun die Türkei, wo sich eine Bewegung des Zorns wie ein Lauffeuer ausgebreitet hat. In dem Land, das insbesondere von deutschen Konzernen wegen seiner niedrigen Löhne geschätzt wird, sind seit Freitag letzter Woche Zehntausende von Demonstrierenden auf den Straßen und protestieren gegen die Regierungspolitik und gegen die Polizeivillkür.

Denn die Polizeigewalt hat schon weit über 2.000 Verletzte gefordert, ganze Stadtviertel von Istanbul sind von Tränengas verhüllt. Inzwischen gibt es offiziell mindestens zwei Todesopfer, die laut Angaben von Protestierenden auf das Konto von Zivilpolizisten gehen. Doch die Repression hat die Proteste nicht gestoppt, sondern die Wut und Entschlossenheit nur angefacht. Die Bilder ähneln den Protesten gegen den ägyptischen Diktator Mubarak vor gut zwei Jahren. Der Taksim-Platz in Istanbul könnte die Nachfolge des Tahrir-Platzes in Kairo antreten!

Der Auslöser der gewaltigen Mobilisierung war die Entscheidung der Istanbulischen Verantwortlichen der Regierungspartei AKP, einen der wenigen Parks in der Innenstadt zu zerstören, um ein neues Einkaufszentrum zu errichten. Dagegen hatten einige Hundert „Parkschützer“ (wie sei bei Stuttgart 21 genannt wurden) ein Protestcamp errichtet, das von der Polizei am Freitag brutal geräumt werden sollte. Dies war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Nachdem sich die Wut über die konservative islamistische AKP unter Regierungschef Erdogan einmal Bahn gebrochen hatte, haben alle anderen Gründe der Unzufriedenheit den ursprünglichen Auslöser schnell in den Hintergrund treten lassen.

Viele Streiks in den letzten Monaten

Denn auch wenn die Türkei oft als Land mit beispielhaften wirtschaftlichen Erfolgen dargestellt wird, sieht die Realität für die Arbeitenden anders aus, vor allem seit im letzten Jahr die weltweite Krise auch das türkische Wachstum ausgebremst hat. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit liegt bei offiziell 17,5 %. Der monatliche Mindestlohn beträgt nur 400 € brutto bei einer gesetzlichen Arbeitszeit von 45 Wochenstunden, die aber in der Praxis auf über 60 Stunden ausgeweitet wird. Vor diesem Hintergrund haben in den

letzten Monaten mehrere Streiks stattgefunden. Oft ging es dabei einfach nur um das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, das in der Türkei immer wieder mit Füßen getreten wird. Unter anderem von der Tochter der Deutschen Post DHL, die durch die Entlassung von 36 Gewerkschaftsmitgliedern international Kritik ausgelöst hat.

Doch auch die Löhne sind immer wieder Grund zu Auseinandersetzungen, besonders angesichts einer Inflationsrate von 8,9 %, wobei die Preise für Gas und Heizöl sogar um 40 % gestiegen sind. Im April fand beim staatlichen Teehersteller Caykur an 58 Standorten der größte Streik im staatlichen Sektor der letzten 20 Jahre statt. Weitere Streiks gab es in der Metallindustrie bei Bosch oder Renault, in der Textilindustrie und bei Turkish Airlines.

Die AKP-Regierung griff schon gegen die wieder erwachende Arbeiterbewegung in der Türkei zur Repression: Im Februar wurden 126 GewerkschafterInnen verhaftet. Die traditionelle 1. Mai-Demonstration in Istanbul wurde dieses Jahr verboten, was von mehreren Zehntausend Polizisten mit Tränengas und Wasserwerfern umgesetzt wurde.

Als nächstes ein verheißungsvoller Sommer?

Doch nun scheinen Polizei und Regierung den Bogen überspannt zu haben. Sie wurden von der Bewegung überrascht. Inzwischen musste die Regierung zurückrudern und sich bei den Opfern der Polizeigewalt entschuldigen. Doch das wird nicht reichen, um die Menschen zu befriedigen, denen es inzwischen um sehr viel mehr geht: Sie wollen das autoritäre Regime nicht länger ertragen, sie wollen Löhne, von denen man anständig leben kann und die Jugendlichen wollen eine Perspektive.

Entscheidend könnte es sein, wenn sich die Arbeiterbewegung an die Spitze dieses Kampfes stellt. Am gestrigen Dienstag hat der Gewerkschaftsverband des Öffentlichen Dienstes KESK zum Streik aufgerufen. Die türkische Arbeiterklasse ist zahlreich und hat in der Vergangenheit viele mutige Kämpfe geführt. Sie könnte über die Türkei hinaus den Menschen in Ägypten und Tunesien neue Hoffnung geben und auch uns in Deutschland zeigen, wie man sich gegen die Unternehmer zur Wehr setzt, die oft genug dieselben sind. Der Kampf in der Türkei geht uns alle an!

Von Kollegen für Kollegen...

Ogottogottogott...

Schenker Rail schwächelt!!! Nur 2.300.000.000 € Gewinn werden für den DB-Konzern prognostiziert. Um Himmels willen, welch ein Abgrund. Nur durch zusätzliche Hilfe vom Staat in Form von Kurzarbeitergeld ist noch etwas zu retten...

Diebe in Schlüsselposition

Die Talentschlüssel sollen laut Mundpropaganda von der Bahnreinigung geklaut worden sein.

Weil sie Bock hatten mal eine Runde auf dem Hof zu drehen oder weil die so schön glänzen? Wir wissen nicht, wer solche Gerüchte in die Welt setzt, aber dann müssten sie über 40 Schlüssel stibitzt haben. Die klauen ja auch das gesamte Leergut von den Zügen, um reich zu werden...?

Bloß gut, dass das Management die fette Kohle gut zusammenhält und verhindert, dass die Bahnreinigung auch noch durch höhere Löhne den Bahnkonzern bestiehlt....

Hasta la vista Baby

Carmen soll im August verschwinden. Die Hauptgründe sind aber nicht die Klagen und das Gemecker der Kollegen über diese ungesunde Optimierungssoftware.

Ganz glücklich war ihre Beziehung auch mit der Chefetage nicht, denn ganz so optimal wie einmal gedacht lief sie nie. Trotzdem sollten sich die Kollegen mit den schwierigen Charakterzügen der zickigen Dame, den ekligten Einsatzplänen, arrangieren. Nun scheint es sich nicht mehr zu lohnen und die Rechenprogramme im Controlling haben gewonnen. Ergebnis: Mit der ollen Schachtel Carmen sollen gleich noch so einige Dienstreglerposten verschwinden.

Schönheit liegt immer im Auge des Betrachters.

Umschichten!

Nun sind die neuen Pläne da und die zwei und drei Uhr Schichten wachsen wieder wie Pilze aus dem Boden. Alles Reden und das sorgsame Ausfüllen der Fragebögen der Mitarbeiterbefragungen verpuffte wie ein Pups im Wind.

Die Schlipsträger wollen „tote“ Zeiten nicht bezahlen. Dabei ist es ihr Problem, die Arbeitszeit auszufüllen!

Diese 2 Uhr-Schichten sind einfach zu billig für DB Regio. Aber wir bezahlen mit unserer Gesundheit, und die ist unbezahlbar. Solche menschenunwürdigen Schichten müssten verboten werden!

Minimum

Das nächste Problem sind die kurzen Schichten. Mit Knüppelschichten müssen die dann ausgeglichen werden oder wir rennen sechs mal in der Woche zur Arbeit. Normale 8 oder 9 Stunden-Schichten werden immer seltener. Mindestschichtlängen von 7 Stunden sind nötig.

Lord Grube singt den „Schwamm-drüber-Blues“

Aus Anlass des 15. Jahrestages des Zugunglücks von Eschede hat Grube „als erster Bahnchef den Opfern und ihren Angehörigen das tiefe Bedauern ausgesprochen“. Ganz großes Versöhnungskino... Worüber Grube bei dieser Imagewerbung allerdings nicht gesprochen hat: In einem Konzern, in dem im Interesse der Gewinne Beschäftigte und Material gnadenlos auf Verschleiß gefahren werden, sind die Ursachen für Unglücke wie Eschede keineswegs beseitigt. Fortsetzung kann jederzeit folgen...

Nicht ohne unsere Aufsichten

In der Einigungsstelle hat der Betriebsrat gegen die ZAT-Pläne gestimmt und wurde vom Unternehmen überstimmt. Das „Sonderinfo“ des BR macht sich allerdings zum Sprachrohr des Unternehmens gegenüber den Aufsichten: Der Wegfall ihrer Arbeitsplätze wird angekündigt, und sie werden nach Manager-Art ermahnt, dass sie nur bei der S-Bahn bleiben könnten, wenn bei ihnen auch „die Bereitschaft besteht, einen ‚neuen‘ Arbeitsplatz anzunehmen“ und sich entsprechend zu qualifizieren. Die Aufsichten haben im Dienste der S-Bahn schon viel mitgemacht und viel Einsatzbereitschaft gezeigt! Es gibt keinen Grund, ihnen jetzt den schwarzen Peter zuzuschieben und sie über die Klinge springen zu lassen.

Zurück in die Zukunft?

Die S-Bahn-Chefs haben jahrelang eine Stimmung geschürt, als ob Personal auf den Bahnsteigen etwas „von gestern“ wäre und die Aufsichten mit ZAT-FM dem unausweichlichen Fortschritt Platz machen müssten. Dabei wäre ein Wegfall der Aufsichten das Gegenteil: ein Rückschritt. Sowohl für die Sicherheit der Fahrgäste als auch für die Tfs, die zusätzlichen Stress aufgedrückt bekommen. Und natürlich für die Aufsichten selber.

Drohung mit Modell Deutschland

Die französische Regierung und die SNCF-Führung planen eine Strukturreform. Die SNCF soll eine ähnliche Konzernstruktur wie die DB kriegen. Bei der Gelegenheit werden ihr Milliarden Euro Altschulden über geholfen. Und zur Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ sollen sich die Arbeitsbedingungen der Bahner, vor allem bei den Schichtzeiten, verschlechtern.

Um den wütenden SNCF-Kollegen den Wind aus den Segeln zu nehmen, wird das ganze mit der DB verglichen, die als Vorzeigemodell gepriesen wird. Alles topp in Deutschland? Das ist wohl eher eine Drohung an die SNCF-Kollegen, die nun nach den deutschen dran sind.

Die Gewerkschaften CGT und SUD rufen für den 13. Juni zum Streiktag auf.

Ökostrommasche entheddert?

Bislang sind große Teile der Industrie und die Bahn von der Ökostromumlage befreit. Eine Initiative will das ändern. Für die DB wären dann 250 Mio. € jährlich fällig. Grube Kumpel Ramsauer ist empört: Grube dürfe man nicht abstrafen, der setze sich für umweltfreundlichen Verkehr ein.

Ach, darum läuft die fette Öko-Kampagne der Bahn auf Hochtouren.

Freche Peilung

Die Ticketeinnahmen steigen, auf 363 Mio. letztes Jahr zusätzlich zu den Bestellerentgelten von 229 Mio. Für dieses Jahr sind schon wieder Gewinne angepeilt. S-Bahn-Chef Buchner erklärte öffentlich die Krise für beendet. Beendet? Also in der BZ, den Meldestellen und bei den Aufsichten kriegen wir ständig die Krise...

Da gibt's noch ein Pöstchen

Unter dem Vorwand der niedrigeren Einwohnerzahlen suchen Berliner Politiker in der aktuellen Haushaltsrunde nach weiteren Einsparmöglichkeiten. Ein paar hundert Millionchen müssen her.

Na, da gibt's doch noch was im Haushaltsposten „Schulden“: Ohne dass dafür irgendwas für die Bevölkerung bei rum kommt, zahlt das Land Berlin jedes Jahr mehr als 2 Milliarden Zinsen an Banken!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin